

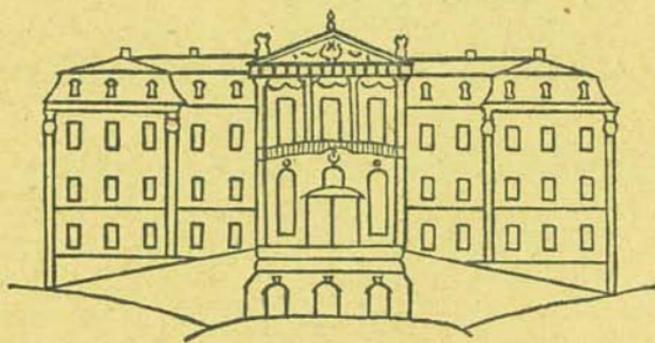
Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

**Die Mitarbeit der christlichen Bürger  
in der Deutschen Demokratischen Republik  
dient der friedlichen Zukunft der Nation**

Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU  
(30. September — 3. Oktober 1964 in Erfurt)



125

---

Herausgegeben vom  
Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

**Die Mitarbeit der christlichen Bürger  
in der Deutschen Demokratischen Republik  
dient der friedlichen Zukunft der Nation**

1964

---

Herausgegeben vom  
Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union

In vier Tagen begehen wir den 15. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Unser 11. Parteitag, der sich jetzt seinem Ende nähert, hat weithin im Zeichen des Geburtstages unseres deutschen Friedensstaates gestanden. Ja, wir können sagen, er ist zu einem besonderen Beitrag der christlichen Demokraten zum Gründungstag unserer Republik geworden.

Der gesamte Verlauf des Parteitages hat gezeigt, daß die christlichen Demokraten fest entschlossen sind, ihre Anstrengungen auf allen Gebieten in Zukunft noch zu vermehren, damit unser Staat weiter gestärkt wird und in gesteigertem Maße dazu beitragen kann, daß sich die Politik der friedlichen Koexistenz immer mehr durchsetzt. Die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei haben sich vertieft, ihr politisches Wachstum ist unverkennbar. Die Beratungen des Parteitages haben eindeutig erwiesen, daß die Christlich-Demokratische Union alle Voraussetzungen besitzt, ihre Mitarbeit in der Nationalen Front unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse zu erweitern und die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Worin bestand das Neue, das auf unserem 11. Parteitag sichtbar wurde?

Schon die Vorbereitungen des Parteitages, vor allem aber sein Ablauf selbst haben gezeigt, daß die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union die Größe der Aufgaben, die uns in dieser Zeit erwachsen, verstanden haben und sich mit allen Kräften bemühen, sie zu erfüllen, indem sie ihre Mitarbeit verstärken und mit wachsendem Erfolg ihrer Mitverantwortung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus gerecht werden. Von den Gesamtinteressen unserer Gesellschaft ausgehend, ist unser Blick auf die in der Entschließung gestellten Aufgaben gerichtet. Zu der Mitverantwortung haben wir uns vor anderthalb Jahren klar bekannt, als wir auf unserer Dresdner Mitarbeiterkonferenz das Programm des Sozialismus, wie es der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen hatte, zum Gesetz unseres eigenen Handelns erklärten.

Die großen Leistungen, die wir seitdem in unserer praktischen Arbeit erzielen konnten, und die entscheidenden Fortschritte in der inneren Festigung unserer Partei, aber auch in der Erhöhung ihres Einwirkungs- und Ausstrahlungsvermögens gegenüber den parteilosen christlichen Kreisen in der

Nationalen Front, also die Vergrößerung des Anteils an der gemeinsamen Arbeit aller demokratischen Kräfte — alle diese Ergebnisse sind eine klare Bestätigung dafür, daß unsere Entscheidung richtig war, daß sie den Notwendigkeiten unserer gesellschaftlichen Entwicklung und auch den Möglichkeiten unserer Partei entsprach. Dafür sprechen die großen Ergebnisse im Wettbewerb unserer Parteiverbände zu Ehren des 15. Jahrestages unserer Republik, und davon zeugen auch die Diskussionsbeiträge unserer Freunde, die hier auf dem Parteitag ihre Gedanken darlegten, aus ihrem eigenen Erleben berichteten und ihre Vorschläge für die zukünftige Arbeit unterbreitet haben.

Die Ergebnisse unserer Arbeit verdanken wir zum einen der klaren politischen Orientierung unserer Partei auf die Sicherung des Friedens, auf die demokratische Lösung unserer nationalen Frage. Vor allem aber verdanken wir sie den Anstrengungen ungezählter Unionsfreunde, die im Sinne der Beschlüsse unseres Hauptvorstandes in der Partei, in der Nationalen Front und an ihrem Arbeitsplatz beim umfassenden Aufbau des Sozialismus wetteiferten.

Das war nicht immer so. Ich erinnere mich noch sehr wohl an die Zeiten vor jetzt mehr als einem Jahrzehnt, als wir mit manchen Freunden, die heute Hervorragendes leisten, immer wieder in den Diskussionen ringen mußten. Welche tiefgehende Wandlung haben sie bei sich selbst vollzogen! Nehmen wir doch z. B. unsere Unionsfreunde Riedel und Haupt, den Komplementär und den PGH-Vorsitzenden. Sie haben selbst auf manchen Beratungen und Tagungen davon berichtet, wie schwer es ihnen zunächst gefallen ist, sich dem Neuen in unserem Staat zuzuwenden. Heute sind sie Abgeordnete unserer höchsten Volksvertretung, der Volkskammer unserer Deutschen Demokratischen Republik. Sie alle haben auf unserem Parteitag die Diskussionsbeiträge dieser beiden Freunde gehört und können deshalb gut ermessen, daß wir hier wahrlich von tiefgehenden Wandlungen sprechen können.

Im Kampf um das Neue in unserem gesellschaftlichen Leben haben sich auch die Menschen tatsächlich gewandelt. Sie wuchsen an ihren Aufgaben, legten überholte Auffassungen und Gewohnheiten ab, veränderten ihr Leben und Denken, ihre Gefühls- und Vorstellungswelt. Sie lernten, Staat und Wirtschaft mitzuleiten, und blicken heute optimistisch in die Zukunft, die ihre Zukunft ist.

Die Beziehungen zwischen den Menschen nahmen einen neuen gesellschaftlichen Charakter an: Die aus der Zeit des kapitalistischen Konkurrenzkampfes überkommenen Verhältnisse und Auffassungen sind den Beziehungen freundschaftlicher Zusammenarbeit und brüderlicher gegenseitiger Hilfe gewichen. So können wir mit Recht sagen, daß gerade die Wandlung der Menschen in unserer Republik zu unseren

größten Errungenschaften gehört. Unser Parteitag hat das mit seinen Diskussionsreden, mit seinen Delegierten in hervorragender Weise bestätigt.

Wir wollen andererseits auch nicht verhehlen, daß die Ergebnisse unserer Parteiarbeit hätten noch besser sein können, wenn die Leitungstätigkeit in unseren Verbänden zielstrebigere gewesen wäre, wenn sie intensiver auf die Schwerpunkte orientiert und die Hauptaufgaben unseres politischen Kampfes und der ideologischen Auseinandersetzung mehr in den Mittelpunkt der Arbeit mit unseren Freunden gestellt hätte. Das gilt nicht für alle Verbände gleichermaßen, aber gerade die so stark ins Auge fallenden unterschiedlichen Leistungen der Bezirksvorstände bei bestimmten Aufgaben machen deutlich, wie entscheidend es auf eine gute Leitungstätigkeit ankommt. Gerade nach den guten Beispielen hier auf unserem Parteitag ist es dringend notwendig, daß die Bezirksverbände die Kritik, die hier geübt wurde, sehr ernst nehmen und bei der Auswertung der Ergebnisse dieses Parteitages größte Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Leitungstätigkeit in allen Verbänden eine schnelle und wirksame Verbesserung erfährt.

Nur gefestigte Vorstands- und Sekretariatskollektive, die sich die Methoden einer beispielhaften Leitungstätigkeit zu eigen machen, sind imstande, unsere steigende Mitverantwortung wahrzunehmen. Durch eine zielgerichtete Leitungstätigkeit unserer Vorstände müssen wir alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit unserer Mitglieder, die auch hier auf dem Parteitag so überzeugend zum Ausdruck kam, diese Bereitschaft und Fähigkeit unserer Mitglieder zur Mitverantwortung zum Nutzen unserer Partei und der gesamten Gesellschaft sich voll auswirken können.

Dem Ziel und Inhalt nach richtet sich unsere Leitungstätigkeit jetzt vor allem darauf, all unsere Freunde mit den wegweisenden Aussagen unseres 11. Parteitag vertraut zu machen und den Geist, in dem wir hier unsere Beratungen geführt haben, an sie alle weiterzugeben. Damit schaffen wir bei unseren Freunden die besten ideologischen Vorbedingungen für eine weitere schöpferische Mitarbeit an der Lösung unserer volkswirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Aufgaben.

Der 11. Parteitag unserer Christlich-Demokratischen Union erhielt sein besonderes Gepräge durch die Orientierung auf den 15. Gründungstag unserer Deutschen Demokratischen Republik. In all den Monaten, die unserem Parteitag vorangingen, in unseren Jahreshauptversammlungen und Delegiertenkonferenzen, in ungezählten Gesprächen mit unseren Freunden und mit parteilosen Christen haben wir das Bekenntnis für unsere Republik, zu ihrer nationalen Rolle, zu ihrer friedenssichernden und zukunftsbestimmenden Kraft in

Deutschland, zum sozialistischen Weg ihres gesellschaftlichen Fortschritts, zu unserer christlichen Verantwortung für ihr weiteres Wachsen und Gedeihen in den Vordergrund unserer politischen Arbeit gestellt.

In den Programmen unserer Ortsgruppen und im Wettbewerb unserer Parteiverbände haben wir dieses Bekenntnis durch die Tat erhärtet. Gerade dadurch konnten wir den Beweis dafür erbringen, daß die christlichen Demokraten willens und imstande sind, die großen Aufgaben, die uns die Gemeinsamkeit aller unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräfte aus der Gesamtverantwortung für unsere Republik erwachsen, erfolgreich zu erfüllen.

So wurde dieser 11. Parteitag, getragen von der klaren politischen Überzeugung und den vielen guten Taten unserer Freunde, zum Höhepunkt und krönenden Abschluß der großen Anstrengungen unserer Partei bei der würdigen Vorbereitung des 15. Geburtstag unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, des ersten deutschen Friedensstaates.

Unser Parteitag und seine Vorbereitung lieferten den Beweis dafür, daß wir christlichen Demokraten in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung für den Frieden und für die friedliche Entwicklung unserer ganzen deutschen Nation handeln, indem wir die richtigen Schlußfolgerungen aus der Bilanz der jüngsten Geschichte unseres Volkes gezogen haben.

Vor wenigen Wochen erst hatten wir Anlaß, uns diese Lehren aus der Vergangenheit noch einmal eindringlich zu vergegenwärtigen. Ich meine den Tag, an dem vor 50 Jahren der erste Weltkrieg ausbrach, und dann den Tag, an dem vor 25 Jahren die deutschen Faschisten unser Volk und die Menschheit in den zweiten Weltkrieg hineinstießen. Zweimal in diesem Jahrhundert haben sich die deutschen Imperialisten, die Verderber unseres Volkes und die gefährlichsten Feinde des Friedens in Europa, mit der Blutschuld an Millionen und Abermillionen Opfern ihrer wahnsinnigen Profit- und Eroberungspolitik beladen. Beide Male wollten sie unserem Volk einreden, seine besondere Sendung bestehe darin, andere Völker zu unterjochen.

Nicht genug damit, müssen wir heute feststellen, daß dieselben unheilvollen Kräfte in Westdeutschland wiederum ihre aggressiven Pläne mit dem überberühmten „Sendungsauftrag“ motivieren. Als ihr oberster Sprecher erklärte bekanntlich Herr Adenauer während einer Audienz bei Papst Johannes XXIII.: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüterin zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns eindringen.“

Alle diese immer wieder von Bonn in die Welt posaunten Töne vom „Bollwerk gegen den Kommunismus“ sind in

Wirklichkeit aber nur der Ausdruck für die Eroberungsabsichten der Imperialisten und Militaristen.

Wir erklären dagegen: Die erste und wichtigste Aufgabe unseres Volkes nach zwei furchtbaren Weltkriegen ist die, endlich dafür zu sorgen, daß weder in unserer Zeit noch in Zukunft jemals mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann.

Das ist die große und verpflichtende Lehre der Vergangenheit. Sie zu beherzigen erfordert, in gemeinsamer Aktion aller demokratischen Volkskräfte unter der Führung der Arbeiterklasse alles für die Friedenssicherung in Deutschland zu tun, ein für allemal mit der Kriegs- und Revanchepolitik des deutschen Imperialismus Schluß zu machen und die Zukunft Deutschlands dort zu begründen, wo die Fähigkeiten unseres fleißigen, begabten und arbeitsamen Volkes sich im Kreise aller anderen friedliebenden Nationen frei und segensreich entfalten können: nämlich auf dem Felde friedlicher Arbeit für die Wohlfahrt unserer Nation und für den Fortschritt der ganzen Menschheit.

Der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte hat auch den Kirchen die Möglichkeit eröffnet, ihre Vergangenheit zu überdenken, zu bewältigen und das verhängnisvolle Bündnis mit den das Alte konservierenden gesellschaftlichen Kräften, das sie an der Katastrophe der beiden Weltkriege hat mitschuldig werden lassen, aufzulösen. Die auf unserem Parteitag mehrfach erwähnten Kanzelabkündigungen und Hirtenbriefe evangelischer Bischöfe zum 25. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges beweisen dies vor allem dort, wo sie sich nicht auf einen Rückblick in die Vergangenheit beschränkten, sondern Lehren für die Gegenwart ziehen und die Christen auffordern, heute mehr zu tun, um den Frieden zu sichern. Dem thüringischen Landesbischof D. Moritz Mitzenheim gebührt das Verdienst, auf diesem Wege mutig und unbeirrbar vorangeschritten zu sein. Wir sind ihm dafür von Herzen dankbar und ebenso für die guten Worte der Ermutigung und der Verbundenheit, mit denen er uns zu Beginn dieses Parteitages begrüßt hat.

Wir christlichen Demokraten sind glücklich darüber, daß wir – getreu unserem Gründungsauftrag – tatkräftig mithelfen konnten, dieses Neue in der Geschichte unseres Volkes mit unserer Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit werden zu lassen. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir gerade mit unserer Arbeit für die Deutsche Demokratische Republik die sichersten, ja die unerläßlichsten Vorbedingungen dafür schaffen, daß unsere Nation ihre zentrale Aufgabe – die Gewährleistung des Friedens im Herzen Europas – erfolgreich erfüllt.

Unser 11. Parteitag hat deutlich erkennen lassen, welch großes Ansehen sich unsere Christlich-Demokratische Union

durch ihre Arbeit und durch ihre Leistungen erworben hat. Wir freuen uns von ganzem Herzen über die Anerkennung, die unserer Wirksamkeit hier durch die Partei der Arbeiterklasse gezollt worden ist. Wir betrachten diese Anerkennung als Zeichen und Zeugnis dafür, daß wir im Recht waren, wenn wir unseren Mitgliedern und den parteilosen Christen in unserer Republik immer wieder sagten:

Der Platz, den wir Christen in unserer neuen Gesellschaft einnehmen, und die Achtung, die uns von der Arbeiterklasse und ihrer Partei, von allen anderen humanistischen und demokratischen Kräften entgegengebracht wird, hängen einzig und allein davon ab, wie wir uns in unserer christlichen Verantwortung für den Frieden und für das gesellschaftliche Ganze durch die Tat bewähren.

Daß die Partei der Arbeiterklasse, die führende gesellschaftliche Kraft unseres Staates und unserer ganzen Nation, unsere Christlich-Demokratische Union zu ihren Freunden rechnen kann und daß wir mit allen demokratischen Parteien und Organisationen in kameradschaftlicher Verbundenheit im Demokratischen Block und in der Nationalen Front vertrauensvoll und erfolgreich zusammenwirken, bestärkt uns in der Gewißheit, daß wir einen wichtigen Beitrag zur Festigung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung leisten konnten und daß wir in dieser Gemeinsamkeit über alle notwendigen Voraussetzungen verfügen, diesen Beitrag durch unsere künftige Arbeit noch weiter zu erhöhen.

Das Mehrparteiensystem, das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU als ein schöpferischer Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus gewürdigt wurde, hat sich während der nunmehr 19 Jahre enger kameradschaftlicher Zusammenarbeit hervorragend bewährt. Noch auf der vor wenigen Tagen in Berlin durchgeführten Internationalen Wissenschaftlichen Session anlässlich des 100. Gründungstages der „Internationalen Arbeiterassoziation“ erklärte Walter Ulbricht: „Diese gute Zusammenarbeit ist nicht nur in der Periode bis zum Sieg des Sozialismus notwendig, sondern auch in der folgenden Periode des Überganges zum Kommunismus.“

Die reichen und vielfältigen Erfahrungen der vergangenen Jahre haben alle Parteien gelehrt, daß sie der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihrer Führung, dem Zentralkomitee mit dem Ersten Sekretär Walter Ulbricht an der Spitze, in höchstem Maße ihr Vertrauen schenken dürfen. Dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sei auch an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt für das Grußschreiben an unseren 11. Parteitag, das uns Ansporn zu neuen Taten sein soll und sein wird.

Im Verlaufe der gemeinsamen Anstrengungen in der Nationalen Front, im gegenseitigen Nehmen und Geben, hat sich

die Arbeit der einzelnen Blockparteien immer klarer und profilierter entwickelt, ist die Zusammenarbeit immer fruchtbarer geworden und hat dadurch das Wachstum der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung, die wir heute mit Recht als eine unserer kostbarsten Errungenschaften bezeichnen und die die größte Triebkraft unserer Entwicklung ist, weiter gesteigert. So ist die politisch-moralische Einheit in unserer Republik zum sicheren Garant für den weiteren Aufbau unserer Republik als Bastion des Friedens und als Bannerträgerin der Zukunft unserer deutschen Nation geworden.

Um so mehr fassen wir die Worte der Anerkennung und der herzlichen Freundschaft, die uns hier durch das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unseren Freund Hermann Matern, zuteil geworden sind, als Ansporn und Verpflichtung zu gesteigerter Aktivität in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und zu neuen Anstrengungen für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik auf. Diese Versicherung soll gleichzeitig unseren herzlichsten Dank für die warmen und weitreichenden Worte unseres Freundes Hermann Matern zum Ausdruck bringen.

Es erfüllt uns mit Freude und Genugtuung, daß wir hier auf unserem Parteitag wiederum erleben durften, wie sehr sich in den letzten Jahren das Ansehen unserer Christlich-Demokratischen Union auch in kirchlichen Kreisen unserer Republik und unter den großen Schichten der parteilosen christlichen Bürger erhöht hat. Auch das ist kein Zufall.

Unsere Partei hatte recht, wenn sie sich schon vor langen Jahren für diese Politik der Gemeinsamkeit und des vertrauensvollen Zusammenwirkens mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Dienst an unserem Volke und an den humanistischen Zielen des Sozialismus entschied, wenn sie diese unbeirrbar politische Haltung immer wieder den kirchlichen Amtsträgern und den parteilosen christlichen Bürgern unseres Staates erläuterte und sie gegen mancherlei Unverständnis und gegen manche zeitweiligen Widerstände konsequent beibehielt.

Die Begegnung vom 9. Februar 1961 in Berlin und die Unterredung am 18. August 1964 auf der Wartburg wären undenkbar gewesen, wenn nicht Hunderttausende Christen unserer Republik sich in ihrer politischen Haltung und ihren gesellschaftlichen Taten für die friedliche Politik unseres Staates und für die gemeinsame Arbeit aller Bürger am Aufbau des Sozialismus entschieden hätten. Diese Entscheidung wiederum wurde politisch vorgezeichnet und beispielhaft praktiziert von den Mitgliedern unserer Partei.

So haben wir einen wesentlichen Anteil daran, daß jene tragfähigen und in die Zukunft weisenden Voraussetzungen

geschaffen werden konnten, auf denen sich heute die moralisch-politische Einheit von Marxisten und Christen gestaltet und immer mehr festigt. Darin liegt die wichtigste Errungenschaft unseres gemeinsamen Kampfes und zugleich der schönste Lohn für unsere eigene Arbeit. Diese Arbeit war oft nicht leicht, und manche von uns wurden ungeduldig. Heute aber trägt sie bereits reiche Früchte. Das erleichtert uns die Fortsetzung dieser Arbeit, verpflichtet uns aber auch, weitere, größere Anstrengungen auf diesem Wege zu unternehmen.

Das Ansehen unserer Christlich-Demokratischen Union ist aber auch bei den friedliebenden und verständigungsbereiten christlichen Bürgern in Westdeutschland gestiegen. Je mehr sich die nationale Autorität unserer Deutschen Demokratischen Republik durch unsere Mitarbeit erhöht und je offensichtlicher sich das Kräfteverhältnis in Deutschland zu ihren Gunsten verschiebt, um so besser erkennen die christlichen Friedenskräfte in Westdeutschland ihre Verantwortung, den revanchistischen Kurs der Bonner Regierung zu ändern und die Politik der friedlichen Koexistenz auch in Deutschland durchzusetzen.

Hier auf unserem Parteitag wurde mit Recht davon gesprochen, daß der 13. August 1961 mit seinen Maßnahmen und die ihm folgenden Ereignisse den Prozeß der nationalen Besinnung und des Umdenkens in einsichtigen Kreisen der westdeutschen Bevölkerung wie kein anderes Ereignis gefördert haben. Der Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion hat das Seine dazu getan, einige in Westdeutschland noch bestehende Illusionen weiter zu überwinden und die reale Existenz der Deutschen Demokratischen Republik allen noch offenkundiger werden zu lassen.

Die Vorschläge unserer Republik zur Minderung der Spannungen in Deutschland und zur Herstellung eines Minimums an korrekten und normalen Beziehungen zwischen den deutschen Staaten, zu ihrer sachlichen Zusammenarbeit im Interesse der Erhaltung des Friedens und im Dienste der Nation zeigen den westdeutschen nationaldenkenden Bürgern den Weg ihres Handelns. Das Wirken unserer Partei gibt den verantwortungsbewußten christlichen Friedenskräften in der Bundesrepublik das Beispiel dafür, wie Christen an der Seite der Arbeiterklasse, in der vorwärtsschreitenden Gemeinschaft aller Demokraten ihrer nationalen Verantwortung im vollen Umfang gerecht werden können.

Wir begrüßen, daß in Westdeutschland immer mehr Pfarrer die Notwendigkeit einer echten Bewältigung der Vergangenheit erkennen, daß immer mehr zu der Einsicht gelangen, daß es heute um die Beseitigung des Hauptwiderspruchs zwischen den Kräften des Friedens und denen des Krieges geht. Die entscheidende Frage unserer Zeit kann nur lauten: Ver-

ständigung und Frieden gegen nukleare Aufrüstung und Atomkrieg.

Vor wenigen Tagen erst haben eine große Anzahl evangelischer Pfarrer in Westdeutschland in einer Erklärung gegen den Militärseelsorgevertrag Stellung genommen, von dem sie sehr richtig sagten, daß die evangelischen Kirchen in Westdeutschland sich mit diesem Vertrag – wie es wörtlich heißt – „der Zumutung staats- und militärkirchlicher Willfährigkeit unterworfen“ haben. „Die EKD“, so heißt es weiter in der Erklärung, „steht vor der Wahl, entweder mit dem Militärseelsorgevertrag eine schlimme Versammlung zu bleiben, die ihren Lohn dahin hat, oder aber ihren Pakt mit dem Militär zu kündigen und zu einem guten Gewissen und zu menschenfreundlichem Dienst zurückzukehren.“

Auch innerhalb des westdeutschen Katholizismus gibt es erfreuliche Anzeichen für eine Neubesinnung auf die Verantwortung der Kirche für die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens, deren Voraussetzung die Auflösung der Bindung der Kirche an die Kräfte des Krieges, an die Kräfte des Imperialismus ist. Der Jesuitenpater Mario von Galli, der 1935 von den Faschisten aus Deutschland ausgewiesen worden war, sagte in seiner Ansprache auf dem Stuttgarter Katholikentag, daß eine Kirche, die eine „große politische Macht“ darstellt, „die aufruft zu Kreuzzügen mit Schwertern und Kanonen oder gar Atombomben“, mit Recht von der Welt abgelehnt werde. Es sei die Aufgabe der Katholiken, die Kirche darzustellen „als jene, die jeglichen hilft, als jene, die jeglichem guten Bestreben, das es gibt auf der Erde, die Hand reicht zum Bunde“. Sie müsse hineingehen in die Welt und sich verschmelzen mit der neuen Zeit, mit der neuen Kultur und Gesellschaft. Nur so könne sie ihren von Gott gegebenen Auftrag erfüllen.

Die Schlußfolgerungen aus dem allen zu ziehen ist natürlich Sache unserer westdeutschen Freunde selbst, ist Sache ihres eigenen Kampfes für eine Politik der Vernunft und des guten Willens, für schrittweise Annäherung und Verständigung zwischen den deutschen Staaten. Wir christlichen Demokraten werden auch in Zukunft alles tun, ihnen dabei zur Seite zu stehen und ihnen durch neue Erfolge bei der Festigung unserer Republik starken Rückhalt im Ringen gegen die Politik der Unvernunft und des kalten Krieges zu schaffen. Darum sind wir auch froh darüber, daß christliche Bürger aus Westdeutschland an unserem Parteitag teilnehmen, und wir danken ihnen herzlich dafür, daß sie unserer Einladung gefolgt sind und mit uns Gespräche führen.

Von ganzem Herzen freuen wir uns auch darüber, daß die kameradschaftlichen Bande, die uns mit unseren ausländischen Freunden verbinden, hier auf unserem Parteitag noch enger und fester geknüpft werden konnten. Daß so viele hervorragende Gäste aus dem Ausland unseren Bera-

tungen beiwohnten und in unserer Diskussion auch das Wort ergriffen, ist für uns eine große Ehre und zeigt einmal mehr, daß unsere Christlich-Demokratische Union viel dazu beigetragen hat, die solidarische Verbundenheit unseres Volkes mit den sozialistischen Brudervölkern zu vertiefen und die feste Kampfgemeinschaft aller Kräfte, die für den Frieden in der Welt und für die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft eintreten, weiter zu stärken.

Die Anerkennung, die unsere Arbeit bei allen diesen von uns so hochgeschätzten Freunden gefunden hat, bestätigt uns in der Erkenntnis, daß unser Weg richtig ist, und verpflichtet uns, ihn zum Wohle unseres Volkes und des Friedens mit verdoppelter Anstrengung fortzusetzen, indem wir im Interesse unseres Volkes und der Völker Europas handeln.

Wir danken von Herzen den ausländischen Gästen für ihre Teilnahme an unserem Parteitag, für die fruchtbaren Gespräche, die wir mit ihnen führen konnten, und für die wertvollen Anregungen, die uns ihre Sprecher in der Diskussion gegeben haben. Ebenso gilt unser herzlicher Dank den vielen ausländischen Freunden, die unserem Parteitag ihre Grüße und guten Wünsche geschickt haben.

Dieser 11. Parteitag war der erste, den unsere Christlich-Demokratische Union in der neuen Etappe unserer gesellschaftlichen Entwicklung, in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus, durchgeführt hat. Sie alle, liebe Freunde, werden mit mir darin übereinstimmen, daß dieser Parteitag uns eine klare Orientierung auf die jetzt in diesem bedeutsamen Abschnitt unserer sozialistischen Entwicklung von uns zu lösenden Aufgaben gibt. Im einzelnen sind diese Aufgaben in der Entschliebung des Parteitages umrissen. Diese Entschliebung und in Verbindung mit ihr die Referate unseres Parteitages — das sind die richtungweisenden Dokumente, die den Inhalt und die Methoden unserer Arbeit in den kommenden Jahren, den entscheidenden Jahren im Kampf um die Vollendung des Sozialismus in unserer Republik, bestimmen werden.

Das Ziel ist gewiesen, die Richtung ist festgelegt. Unser Parteitag hat den Beweis dafür erbracht, daß unsere Christlich-Demokratische Union über alle Voraussetzungen verfügt, die neuen Aufgaben erfolgreich anzupacken und zu meistern.

Bei dieser Arbeit werden wir uns leiten lassen von den verpflichtenden Worten unserer Entschliebung:

„Den Grad der Bewährung unserer christlichen Existenz im Sozialismus und die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages unserer Partei messen wir an dem Beitrag, den unsere Freunde zur Stärkung unserer Republik vollbringen, den sie zur Weiterentwicklung unserer nationalen Wirtschaft, zur Vertiefung unserer umfassenden sozialistischen Demokratie, zur Entfaltung eines regen geistig-kulturellen

Lebens, zur Festigung der Gemeinschaft in der Nationalen Front leisten. Durch unser gesellschaftliches Wirken bezeugen wir christlichen Demokraten unsere Verantwortung für den Frieden, für das Geschick des Nächsten, für die glückliche Zukunft unserer Nation.“

In diesen Sätzen unserer Entschliebung kennzeichnen wir noch einmal eindeutig die gesellschaftliche Rolle unserer Partei beim umfassenden und vollständigen Aufbau des Sozialismus und bei der Sicherung des Friedens. Die hier getroffenen Feststellungen sind eine logische Weiterentwicklung der Erkenntnisse und Verpflichtungen, zu denen wir uns bereits auf den vorangegangenen Parteitagen unserer Christlich-Demokratischen Union klar bekannt haben. So schließt unser 11. Parteitag sich folgerichtig an die Kette der früheren Parteitage an. Alle die Erfahrungen, die wir damals bezeugten, alle die Leitsätze, die wir damals formuliert haben, sind seither durch die Entwicklung im Grunde als richtig und zutreffend bestätigt worden. Das gilt insbesondere und in besonderer Weise für die Einschätzung der weltpolitischen Lage und ihrer Entwicklung.

Auf unserem 7. Parteitag im Jahre 1954 ging ich in meinem Referat davon aus, daß der geschichtliche Weg der Menschheit und das Leben der Völker in unseren Tagen von tiefgehenden Wandlungen beeinflusst werden.

Seitdem sind genau zehn Jahre vergangen. Nach Ablauf dieses Jahrzehnts können wir im Blick auf die derzeit herrschenden Tendenzen der internationalen Entwicklung feststellen, das unser damaliges Urteil über die gesellschaftlichen Wege der Menschheit in unserer Epoche völlig zutreffend war und daß sich heute bereits außerordentlich weittragende Ergebnisse jener geschichtlichen Wandlungsprozesse abzeichnen. Immer überzeugender geben die Völker klare und eindeutige Antworten auf die entscheidenden Grundfragen, die heute, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von der Menschheit geklärt werden müssen: Auf die soziale Frage, auf die nationale Frage und vor allem auf die Frage des Friedens. Unter diesen Gesichtspunkten können wir für das Jahrzehnt zwischen unserem 7. und 11. Parteitag wichtige Veränderungen feststellen.

Unsere Epoche wird gekennzeichnet durch den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die sozialistische Völker- und Staatengemeinschaft, an deren Spitze die Sowjetunion als das stärkste und erfahrenste Land des Weltsozialismus steht, gewinnt nachweisbar immer mehr bestimmenden Einfluß auf Inhalt und Richtung der internationalen Entwicklung. Der Sozialismus übt auf die jungen Nationalstaaten in der Welt eine immer größere Anziehungskraft aus. Das Kräfteverhältnis in der Welt verändert sich dadurch immer deutlicher zugunsten des Friedens und des

Sozialismus. Ja, das Zeitalter des Imperialismus geht eindeutig seinem unausweichlichen Ende entgegen.

Im engen Zusammenhang damit steht das unwiderrufliche Ende der kolonialistischen Ära. Unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung der jungen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas werden die imperialistischen Kolonialmächte auch ihre letzten bisher noch behaupteten Positionen räumen müssen. Das bedeutet den endgültigen Sieg dieser Völker in ihrem schweren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, gegen die Reste des Kolonialismus und für die Festigung ihrer Staaten. Dabei können sie sich jederzeit auf die sozialistischen Staaten und so auch auf die Deutsche Demokratische Republik stützen.

Das Vorbild der sozialistischen Staaten beweist ihnen, wie man ohne kapitalistische Sklaventhalter, gestützt auf die eigene Kraft und auf die Solidarität mit gleichgesinnten Völkern das schlimme Erbe der Vergangenheit überwinden und neue Wege der gesellschaftlichen Entwicklung zum Nutzen des Volkes und jedes einzelnen seiner Glieder beschreiten kann. Sie bieten ihnen in jeder Hinsicht das Beispiel für eine erfolgreiche Entwicklung im Zeichen des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Weltsystems und die Erweiterung der Front der Friedenskräfte in allen Ländern, auch in den noch kapitalistischen Staaten, berechtigen heute zu der Feststellung, daß schon jetzt bei zeitweiligem Fortbestehen des Imperialismus in einem Teil der Welt Kriege nicht mehr unvermeidbar sind. Der Friedenswille und die Friedensaktionen der Völker, die sich auf die sozialistische Gemeinschaft stützen und auf die Politik der friedlichen Koexistenz der Sowjetunion fest verlassen können, sind heute imstande, den Ausbruch eines neuen Weltkrieges zu verhüten.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die Widersprüche in den kapitalistischen Staaten immer größer werden, wie die Ereignisse in der letzten Zeit – zum Beispiel der Streit in der Frage der EWG, die Gegensätze in der NATO, die Beziehungen zwischen Bonn und Paris, die Beziehungen zwischen Paris und den Vereinigten Staaten – deutlich beweisen.

Es besteht alle Aussicht dafür, daß noch zu Lebzeiten unserer Generation der Krieg überhaupt aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft verbannt wird. Nichtsdestoweniger gilt es weiterhin wachsam zu sein und sich der Tatsache bewußt zu bleiben, daß eine potentielle Kriegsgefahr gegeben ist, solange der Imperialismus noch existiert.

Mit der Deutschen Demokratischen Republik hat auch in Deutschland das Zeitalter des Sozialismus begonnen. Mehr denn je steht heute fest, daß dank der Existenz der Deut-

schon Demokratischen Republik und ihrer konsequenten Politik des Friedens, der Verständigung und der Völkerfreundschaft, daß dank der großen schöpferischen Leistungen ihrer werktätigen Menschen Frieden und Sozialismus das Schicksal und die Zukunft der deutschen Nation bestimmen werden und nicht die Herrschaft imperialistischer Monopole und der Militarismus.

Von Jahr zu Jahr hat sich klarer und überzeugender erwiesen, daß unser Weg der richtige ist, daß er zum Erfolg führt, daß er den Frieden sichert und daß er das Glück des Volkes bedeutet. Unsere Friedenspolitik wird immer mehr zum bestimmenden Faktor der Entwicklung in Deutschland.

Mit aller Deutlichkeit zeigt die gegenwärtige Weltlage, daß wir uns in unserer Republik im Gleichschritt mit dem Gang der Weltgeschichte vorwärtsbewegen. Westdeutschland dagegen mit der friedensfeindlichen und antikommunistischen Politik seiner Regierung ist hinter der Entwicklung in der Welt, hinter unserer Deutschen Demokratischen Republik um eine ganze historische Epoche zurückgeblieben. Aber die Bundesrepublik wird nicht für immer ein Vorposten des kalten Krieges und ein Naturschutzpark des Monopolkapitalismus bleiben.

Obwohl wir Westdeutschland so weit voraus sind und mit berechtigtem Stolz auf das blicken können, was wir erreicht haben, lassen wir uns dadurch nicht zur Überheblichkeit gegenüber den Bürgern Westdeutschlands verführen. Wir bemühen uns weiterhin geduldig, sie durch unser Beispiel von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen, damit sie selbst zu der Erkenntnis gelangen, daß es an der Zeit ist, sich der großen Entwicklung in der Welt durch eine radikale Änderung des Bonner Kurses auf eine Politik des Friedens und der Verständigung anzuschließen.

Die Politik unserer Deutschen Demokratischen Republik hat eine klare und für jeden verständliche Perspektive; denn wir stehen auf der Seite des Fortschritts und haben den Bund mit der Zukunft geschlossen. Durch den am 12. Juni dieses Jahres in Moskau abgeschlossenen Freundschaftsvertrag haben wir uns mit der stärksten Macht des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt, mit dem Land der wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten, mit der Sowjetunion verbündet. Dieser Vertrag erhöht die Kräfte unserer Deutschen Demokratischen Republik, fördert das Entwicklungstempo des technischen Fortschritts, gewährt unserem Staat Sicherheit gegen alle Angriffe von außen und verstärkt in ausschlaggebendem Maße die nationale Geltung und das internationale Ansehen unserer Republik.

Wir können feststellen, daß unser Parteitag die friedenssichernde und zukunftsgestaltende Bedeutung des Vertrages voll erkannt hat. Wir christlichen Demokraten werden alles

daransetzen, diesen Vertrag zu unserem Teil durch unsere Taten zu ratifizieren.

Unsere Erfahrung bestätigt uns in der Überzeugung, daß der Sozialismus die Ordnung des dauerhaften Friedens ist, daß er nur im Frieden umfassend errichtet und zum Siege geführt werden kann, daß von ihm der Friede ausgeht und daß er im Frieden, und nur im Frieden, triumphieren wird. Gerade deshalb haben wir christlichen Demokraten uns in unserem gesellschaftlichen Handeln mit allen Kräften dem Sozialismus verschrieben, weil er uns ermöglicht, das christliche Friedensethos nun endlich auch im gesellschaftlichen Raum vollgültig zu bezeugen und in die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens umzusetzen. Diese menscheitsbefreiende Friedensmission des Sozialismus übt eine gewaltige Anziehungskraft auf die friedliebenden Massen aller Völker aus und läßt alle humanistisch gesinnten Kräfte in der Welt immer mehr zu Freunden und Bundesgenossen des Sozialismus und seines Ringens um den Frieden werden.

Mit aller Entschiedenheit unterstützen wir deshalb die Bestrebungen, die darauf abzielen, die von der Politik der chinesischen Partei- und Staatsführung ausgehenden Gefahren abzuwenden und die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers als eine der wichtigsten Errungenschaften des Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt zu stärken. Indem die Führer der Kommunistischen Partei Chinas nicht nur die Politik der friedlichen Koexistenz ablehnen, sondern jetzt sogar Forderungen auf sowjetisches Staatsgebiet in einer Weise stellen, die geradezu einen Vergleich mit Bonns revan-chistischen Ansprüchen herausfordert, offenbaren sie ihre provokatorische, kriegstreiberische und in jeder Weise anti-kommunistische Politik, die große Gefahren für den Frieden in sich birgt.

Auch wir Christen müssen uns mit diesen Vorgängen befassen. Wir sind als Christen an allem interessiert, was der Erhaltung des Friedens in der Welt dient. Jeder Versuch aber, die Einmütigkeit der um Frieden und nationale Unabhängigkeit kämpfenden Volksmassen in der Welt zu hinter-treiben, jeder Versuch, die führende Stellung der Sowjet-union im sozialistischen Weltssystem zu untergraben, schwächt unweigerlich die Position des Weltfriedens und beeinträchtigt die Erfolgsaussichten unseres Ringens um eine dauerhafte Friedensordnung. Deshalb wenden wir uns gegen die abenteu-erliche Politik der Führer der Volksrepublik China. Darum vermehren wir unsere Anstrengungen zur endgültigen Durch-setzung der Politik der friedlichen Koexistenz. Deshalb unter-stützen wir die konsequente politische Linie der Sozialisti-schen Einheitspartei Deutschlands in diesen Fragen, die sich in voller Übereinstimmung mit den Interessen des Friedens und den Interessen der gesamten Nation befindet.

Die großen Wandlungen, die den Entwicklungsprozeß der Menschheit bestimmen, üben auch auf Gegenwart und Zu-kunft unseres Volkes einen tiefgreifenden Einfluß aus. Wie in der Welt, so stehen auch in Deutschland Friede und Fort-schritt, nationale und soziale Befreiung als Hauptforderungen unserer Epoche auf der Tagesordnung.

Bei uns in Deutschland ist die Notwendigkeit, diese Forde-rungen durchzusetzen, um so gebieterischer, als sie mit dem Hauptinhalt unserer nationalen Frage, der Sicherung des Friedens, unmittelbar zusammenfallen. Unabdingbar von der Geschichte geboten ist die Lösung des deutschen Problems im Sinne des Friedens. Unser nationales Verantwortungs-bewußtsein ruft uns, in diesem Sinne die Lehren aus der Vergangenheit unseres Volkes zu verwirklichen. Drei solche Lehren haben die letzten Jahrzehnte der deutschen Geschichte uns mit allem Nachdruck eingeprägt.

Die erste Lehre besagt: Zwei Weltkriege haben die völlige Unfähigkeit und Untauglichkeit der deutschen Bour-geoisie bewiesen, die Interessen unserer Nation zu wahren und Deutschland zu führen. Zwei nationale Katastrophen in diesem Jahrhundert bedeuten eine einzige geschichtliche Bankrotterklärung der deutschen Großbourgeoisie. Nur unser Volk selbst ist imstande, sich eine glückliche Zukunft frei von Kriegen zu gestalten. Dazu bedarf es der Führung der Arbeiterklasse, die als einzige der gesellschaftlichen Haupt-kräfte in Deutschland die Prüfungen der Geschichte in Ehren bestanden und ihre Befähigung, an der Spitze der Nation für des Volkes wahres Glück zu streiten, allseitig nachgewiesen hat.

Die zweite Lehre besagt: Die deutschen Imperialisten und Militaristen tragen die Hauptschuld am ersten und zwei-ten Weltkrieg. Von dieser Schuld können keine noch so gear-tete Geschichtsfälschung und kein Entlastungsversuch, keine Schützenhilfe durch irgendwelche imperialistischen Alliierten in anderen Ländern und auch kein „Wirtschaftswunder“ in Westdeutschland sie reinwaschen. Die Entmachtung der Impe-rialisten und Militaristen ist und bleibt das oberste Gebot unserer nationalen Politik.

Die dritte Lehre besagt: Eine glückliche Zukunft ist dem deutschen Volk nur im Zeichen friedlicher Arbeit, im Zeichen des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern verheißen. Mit Kriegspolitik und Revanchismus muß also ein für allemal Schluß gemacht werden. Unser nationales Leben ist auf der Grundlage einer konsequenten Friedenspolitik und einer von Grund auf veränderten gesellschaftlichen Ord-nung völlig neu zu gestalten.

Nach der Befreiung unseres Landes vor nunmehr fast zwei Jahrzehnten stand vor unserem ganzen Volk die geschicht-liche Chance, diese Lehren aus der Vergangenheit zu beherr-

zigen, die damals sich abzeichnenden Möglichkeiten einer konsequenten demokratischen Erneuerung des gesellschaftlichen Daseins der gesamten Nation umfassend zu nutzen und durch die Einheit aller demokratischen Volkskräfte den Weg in eine gänzlich neue Existenzform unseres nationalen Lebens zu erschließen. Damals waren alle guten Deutschen gewillt, in diesem Sinne einen neuen Anfang zu machen und auf den Trümmern der Vergangenheit ein neues Deutschland zu errichten. Die alten Verderber Deutschlands haben aber in Westdeutschland das Volk erneut um seine Hoffnungen betrogen, haben die Spaltung Deutschlands vollzogen und mit ihrer reaktionären Politik, ihren Revanchegedanken, ihren Forderungen nach einer Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und mit ihrem Verlangen nach Atomwaffen eine neue Kriegsgefahr heraufbeschworen. Ohne diese Leute könnte ganz Deutschland das einige und freie, demokratische und friedliche Vaterland unseres Volkes, ein nützliches und geachtetes Glied in der Gemeinschaft der friedliebenden Nationen sein.

Wir im Osten Deutschlands sind den geschichtlichen Erkenntnissen und politischen Vorsätzen des Jahres 1945 unbeeinträchtigt treu geblieben. Wir haben alles getan, um die Vergangenheit zu bewältigen – nicht mit leeren Worten, sondern durch die Tat.

Die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik war die einzig mögliche und gültige Antwort unseres friedliebenden Volkes auf die staatliche Wiederbelebung der imperialistischen Politik im Westen Deutschlands. Das entsprach auch der herangereiften Entwicklung, die darauf drängte. Aus dem Willen des Volkes geboren, den Gesetzen der gesellschaftlichen Vorwärtsentwicklung folgend, den Interessen der ganzen Nation verpflichtet, ist unsere Deutsche Demokratische Republik die staatliche Verkörperung der Zukunftsgewißheit unseres ganzen Volkes. Sie ist zugleich die staatliche Gewähr für die Berechtigung des Vertrauens, das die anderen friedlichen Völker in unser Volk setzen. Wer das begriffen hat, der weiß auch, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nichts, aber auch gar nichts mit einer Vertiefung der deutschen Spaltung zu tun hatte. Die Spaltung Deutschlands war das Werk des deutschen Imperialismus. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aber war der erste und entscheidende Schritt zur Überwindung der Herrschaft der deutschen Imperialisten in Westdeutschland und der von ihnen verursachten Spaltung, zur Herstellung eines friedliebenden, demokratischen und einheitlichen deutschen Staates, der alle Voraussetzungen dafür bietet, das Schicksal unserer ganzen Nation zum Guten zu wenden.

Worin liegt das Neue, das wir in und mit unserer Republik errungen haben?

Unsere Republik hat an einem entscheidenden Frontabschnitt der Auseinandersetzung um Krieg und Frieden in Europa mit Erfolg, mit großem Erfolg den Frieden verteidigt. Sie hat sich als Vorkämpferin des Friedenswillens aller guten Deutschen bewährt. Sie hat sich als ein wichtiger und unerläßlicher Faktor zur Gewährleistung der Sicherheit im Herzen Europas erwiesen.

Dieser erfolgreichen und erprobten Friedenspolitik unseres Staates wurde durch die Anstrengungen unserer Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus ein sicheres materielles Fundament verliehen. So wurde die Deutsche Demokratische Republik zum Schrittmacher der heute geschichtlich notwendigen Wandlungen in Deutschland, und so wurden wir alle zu wahren Pionieren unserer Nation. Unsere Republik sicherte unserem ganzen Volk die Möglichkeit, sich endgültig von der schmachvollen imperialistischen Vergangenheit, von der Schande Deutschlands abzuwenden und den Anschluß an die gesellschaftlichen Erfordernisse der Gegenwart und der Zukunft zu finden.

Einen solchen Staat, der den Weg in die Zukunft weist, brauchen wir Deutschen um so notwendiger, als in Westdeutschland entgegen dem Willen des Volkes und im Widerspruch zu den Friedenserwartungen der anderen Völker die Lehren der Geschichte mißachtet wurden. Dort wurde die Vergangenheit nicht bewältigt, sondern zu neuem, unheilvollem Leben erweckt und zum gesellschaftlichen Hauptinhalt der Bonner Separatrepublik gemacht. Dort beherrschen die Verderber unserer Nation wiederum den Staat, die Wirtschaft, das politische und geistig-kulturelle Leben. Weil diese Kräfte alles tun, aus der Nachkriegszeit eine neue Vorkriegszeit werden zu lassen, entwickelte sich der westliche Teil Deutschlands zum Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa. Die politische Hauptverantwortung für diese bedrohliche Entwicklung in Westdeutschland trägt die Führung der CDU/CSU, einer Partei, deren Politik weder mit dem Christentum noch mit der Demokratie auch nur das geringste gemein hat.

Die Führung der westdeutschen CDU/CSU belud sich mit der Schuld an der Spaltung unserer Nation. Adenauer war es, der 1954, fünf Jahre nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates, dem damaligen französischen Botschafter Francois-Poncet gegenüber unverfroren erklärte: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht!“

Die Führung der westdeutschen CDU/CSU ist heute die gefährlichste politische Vertreterin des Revancheverlangens und der Atomrüstungspolitik der in Westdeutschland herrschenden Kreise. Sie arbeitet darauf hin, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges im Sinne der alten Ziele des deutschen Imperialismus und Militarismus zu revidieren und die Grenzen in

Europa zu ihren Gunsten zu verändern. Um diese Ziele zu verwirklichen, wollen die Machthaber in Bonn sich über die multilaterale Atomstreitmacht der NATO den Zugang zum amerikanischen Kernwaffenpotential verschaffen oder aber durch die atomare Koproduktion mit Frankreich bzw. notfalls durch die Herstellung von Kern- und Raketenwaffen mit eigenen Mitteln, etwa in Südafrika, das entscheidende Faustpfand zur Auslösung des dritten Weltkrieges in die Hand bekommen. Da die Bedenkenlosigkeit und die Maßlosigkeit des aggressiven deutschen Imperialismus hinreichend bekannt sind, kann jeder ermessen, wie groß die Gefahr ist, die hier für unser Volk und für alle anderen Völker heraufziehen würde!

Es gibt viele Bürger in Westdeutschland, die sich das nicht gern sagen lassen, weil sie in „Ruhe und Frieden“ gelassen zu werden wünschen. Aber wir sind um der Wahrheit willen verpflichtet, sie immer wieder mit aller Deutlichkeit auf diese heraufziehenden Gefahren hinzuweisen und ihr Gewissen wachzurütteln, alle ihre Kräfte dagegen einzusetzen.

Die Führung der westdeutschen CDU/CSU weiß sehr wohl, daß unser Volk nicht gewillt ist, seine physische Existenz durch diese abenteuerliche Politik aufs Spiel setzen zu lassen. Deswegen tut sie in ihrem Herrschaftsbereich alles, um das Friedensstreben der Bevölkerung abzulenken oder zu unterdrücken, die demokratischen Freiheiten abzubauen und den Kampf der Werktätigen um soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt zu lähmen. Zur Rechtfertigung dieser antidemokratischen Politik scheuen sie sich nicht vor einer Verfälschung des Christentums.

In welch unglaublichem Maße dort unser Glaube für Zwecke mißbraucht wird, die mit der christlichen Ethik absolut unvereinbar sind, zeigte sich beispielsweise in einer Rundfunkansprache des Bonner CDU-Ministers Höcherl, der am 31. Oktober 1962, also ausgerechnet am Reformationstag, seinen Hörern verkündete: „Um die Erhaltung und Fortentwicklung des Menschen gegen die Kräfte und Mächte der Finsternis stehen heute Demokratie und Kirche zusammen“ — wobei Herr Höcherl natürlich den Begriff „Demokratie“ mit dem Staat der Bonner Notstandsgesetzgeber und die „Kirchen“ mit den vertraglich an den Bonner Staat gebundenen westdeutschen Kirchenleitungen gleichsetzte und in diesem Sinne fortfuhr: „Im unermüdlichen Wirken für die Grundlagen unserer sittlichen Wertordnung“ — spricht: für die kapitalistischen Verhältnisse in Westdeutschland und für das Streben der Bonner Regenten nach Atommacht — „erfüllen die Kirchen eine lebenswichtige Funktion in der Demokratie gerade auch in deren Lebenskampf mit dem Osten.“ Ein solch schändlicher Mißbrauch des Christentums — und es gibt Tausende und aber Tausende Beispiele dafür — kann uns nur mit tiefer Empörung erfüllen!

Die Führung der CDU/CSU ist schließlich der Hauptwider-

sacher aller Bemühungen um Abrüstung und Friedenssicherung, um Annäherung und Verständigung in Deutschland. Weil sie die Macht der Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in einem demokratisch geeinten deutschen Volksstaat fürchtet, verschanzt sich hinter der absurden Behauptung, daß die Deutsche Demokratische Republik für sie nicht existiere und auch für andere Länder nicht existieren dürfe. „Die Bundesregierung vertritt Deutschland, und sie vertritt es allein“, erkühnte sich Erhard im März dieses Jahres in seiner Rede auf dem 12. Parteitag der West-CDU in Hannover zu behaupten. Damit begründen die Bonner Ultras gegen alle Vernunft ihre Aggressionspläne und hintertreiben die Lösung der Deutschlandfrage, einen Atomwaffenverzicht und eine schrittweise Abrüstung. Stur und steif halten sie an der Politik des kalten Krieges fest, während er überall in der Welt abgebaut wird.

Es kann nicht ausbleiben, daß Bonn mit einer solchen widersinnigen Politik immer mehr in die Isolierung gerät. Weil es sich dem Streben unseres Volkes und der ganzen friedliebenden Menschheit nach friedlicher Koexistenz und gesichertem Frieden entgegensetzt, gerät es immer tiefer in Widerspruch zu den international dominierenden Entspannungstendenzen, zu den politischen Auffassungen und Forderungen der Mehrheit der eigenen Bevölkerung. Auch an dieser immer deutlicher werdenden nationalen Widersinnigkeit und historischen Perspektivlosigkeit der Bonner Politik wird klar ersichtlich, daß die Deutsche Demokratische Republik das geschichtlich Neue in Deutschland verkörpert, während in Bonn das Gestern in Deutschland noch immer lebt. Die Existenz und die Politik unserer Republik sind der feste Damm gegen das Aggressionsstreben der westdeutschen Ultras, wie sich mit unseren Schutzmaßnahmen am 13. August 1961 so eindeutig erwiesen hat. Mit diesen Schutzmaßnahmen haben wir den Frieden in Deutschland, den Frieden in der ganzen Welt gerettet.

Viele Millionen Menschen haben das sofort richtig erkannt, und weiteren Millionen Menschen ist seitdem ebenfalls klar geworden, vor welcher unabsehbaren Katastrophe sie durch unsere Schutzmaßnahmen in unserer Hauptstadt bewahrt geblieben sind, und wir dürfen überzeugt sein, daß die Geschichte dermaleinst davon künden wird, daß die Deutsche Demokratische Republik am 13. August 1961 durch ihre entschlossenen Maßnahmen gegen die faschistischen Aggressionspläne Bonns an der Grenze gegenüber Westberlin ungeheure Blutopfer für alle Völker dieser Welt verhütet hat.

Manche Besucher aus dem Westen glauben, uns empfehlen zu sollen, daß wir doch mit den Vertretern der Bonner Regierung nicht so hart ins Gericht gehen sollten, besonders dann, wenn es um die Anbahnung von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen gehe, daß wir mit ihnen sanftere Worte austauschen möchten.

Die Volkskammer, der Staatsrat und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben über 160 Vorschläge für Verhandlungen und Verständigung gemacht, die heute noch auf dem Tisch liegen. Bis zur Stunde aber hat die westdeutsche Regierung alle offiziellen Verhandlungen abgelehnt, obwohl sie schon seit langem nicht umhin kann, immer weiteren Vereinbarungen zwischen unseren beiden Staaten zuzustimmen. Angesichts der Tatsache, daß Bonn seinen gegen unseren Staat gerichteten aggressiven Zielen weiter nachgeht, sind wir verpflichtet, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Was wäre unserem Volke erspart geblieben, wenn seinerzeit alle demokratischen Kräfte die Wahrheit über Hitler so ausgesprochen hätten, wie die Kommunistische Partei, wie das Thälmann und seine Mitstreiter taten, und diese Wahrheit durchgesetzt hätten in Deutschland zum Siege des Friedens!

Wer die Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches von 1937 fordert, wer die Deutsche Demokratische Republik und andere europäische Gebiete erobern will, wer aus diesem Grunde mit allen Tricks Atomwaffen verlangt — und ich könnte diese Aufzählung noch lange fortsetzen —, der muß sich auch gefallen lassen, als Friedensstörer und Aggressor bezeichnet zu werden, und das so lange, bis er von diesen Wahnsinnsplänen abläßt. Das verlangt unsere Wahrfähigkeit.

Wir christlichen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind glücklich darüber, daß die erklärten Grundsätze der nationalen Politik unseres Staates vollauf mit der uns Christen gebotenen Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft übereinstimmen. Deshalb stellen wir diesem ersten deutschen Friedensstaat unsere ganze Kraft zur Verfügung, und deshalb können wir guten Gewissens die Frage beantworten: „Wer ist heute ein guter Deutscher?“

Ein guter Deutscher ist, wer heute alles dafür tut, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg seinen Ausgang nehmen kann, der unserem eigenen Volk und anderen Völkern namenloses Leid bereiten würde. Jeder gute Deutsche ist heute gerufen, für eine Politik der Entspannung, der Abrüstung und Friedenssicherung, der Annäherung und Verständigung durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten zu wirken. Unsere Republik hat allen guten Deutschen die nationale Alternative zur Bonner Kriegs- und Katastrophenpolitik gewiesen. Diese Alternative ist enthalten in den drei Fragen, die Walter Ulbricht in seinem Brief an Kanzler Erhard dem westdeutschen Kabinett, dem Bundestag und den Landtagen, allen gesellschaftlichen Organisationen in der Bundesrepublik, ja jedem westdeutschen Bürger gestellt hat. Diese Alternative drückt sich aus in der deutschen Friedensdoktrin, in unserem Siebenpunktprogramm zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie zwischen der DDR und Westberlin, zur Sicherung der friedlichen Koexistenz in Deutschland, und in den

Vorschlägen, die Walter Ulbricht in der Volkskammertagung am 1. September dieses Jahres erneut der westdeutschen Regierung und der Bevölkerung im Westen unterbreitet hat.

Ein guter Deutscher ist, wer seine ganze Kraft dafür einsetzt, daß auch in Deutschland das neue Menschheitszeitalter des Friedens, der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit sich Bahn bricht, unter dessen Vorzeichen sich unsere ganze Nation neu konstituiert. Unsere Deutsche Demokratische Republik hat den Anfang damit gemacht, unser Volk aus dem Einflußbereich der Expansions- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, aus den Fesseln der alten gesellschaftlichen Formation herauszulösen und damit jenen gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen, die heute die Hauptrichtung der Menschheitsentwicklung vorzeichnen, auch auf deutschem Boden Geltung zu verschaffen.

Daher gilt für die westdeutschen Patrioten die Erkenntnis: Wer seinen Dienst an unserer Nation wirksam ausrichten will, muß mit der Deutschen Demokratischen Republik zusammengehen; denn sie ist die beste Garantie für die friedliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Für uns Bürger der DDR gilt die Erkenntnis: Unsere Verbundenheit mit der Sache unserer Nation erweist sich heute konkret in Taten für unsere Republik, für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Solche Leistungen sind der alleingültige Prüfstein dafür, inwiefern wir — ermutigend und beispielgebend auch für unsere westdeutschen Freunde — unserer nationalen Verantwortung und unserem Friedensauftrag gerecht werden.

Wir alle wissen aus eigenen Erfahrungen, daß der Aufbau des Sozialismus eine recht komplizierte Angelegenheit ist. Wir haben erlebt und erleben immer wieder, daß er mancherlei zeitweilige Schwierigkeiten, mancherlei gesellschaftliche Probleme mit sich bringt, ja, daß er für den einen und den anderen auch persönliche Konflikte und innere Widersprüche aufwerfen kann. Zugleich aber haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Schwierigkeiten und Konflikte sich in der täglichen Arbeit, im weiteren Vorwärtsschreiten lösen lassen. Entscheidend sind nicht die äußeren Widerstände und inneren Hemmnisse, entscheidend ist unsere große nationale Perspektive, entscheidend sind unsere Siegesgewißheit und die klare Orientierung. In der Bewährung an den Aufgaben des Heute, die wir an den Möglichkeiten von morgen, an den Zukunftsaussichten unserer Entwicklung messen, erblicken wir den Sinn unseres Lebens.

In einer der Aussprachen, die wir in den vergangenen Monaten, in einer Zeit angespannter Diskussionen um die geistigen Grundfragen, mit christlichen Künstlern und Wissenschaftlern geführt haben, trat ein Freund mit der Ansicht auf, daß wir seit 1949 die Wurzeln und die Mitte unseres Lebens verloren hätten. Ich will in keiner Weise bezweifeln,

daß es vielen Freunden, die aus dem Bürgertum kamen, damals nicht leichtgefallen ist und manchmal auch heute nicht leichtfällt, die Vergangenheit zu überdenken, ihr eigenes Leben kritisch zu überprüfen und den richtigen Standort in unserer rasch voranschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung zu finden.

Zu viele Belastungen aus der Geschichte waren zu überwinden, zu viele Hypothesen der Vergangenheit waren abzutragen, zu viele überlieferte Vorstellungen waren kritisch zu sichten, als daß man trotz subjektiv besten Willens all dieser Freunde hätte erwarten können, daß sie sofort und in allen Fragen den inneren Anschluß an den revolutionären Prozeß der Erneuerung unseres Daseins hätten finden können und sich zu vollem Verständnis für das Wesen, für die Notwendigkeit und für die Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses hätten durchringen können. Viele von ihnen hatten einst geglaubt, mit den alten Methoden und Gepflogenheiten der Weimarer Demokratie den Faschismus überwinden zu können. Wie sehr sie damit Schiffbruch erlitten hatten, war ihnen gar nicht einmal recht bewußt geworden. Deshalb wollten sie wieder an Weimar anknüpfen und es nur diesmal ein bißchen besser machen. Was sie aber nun erlebten, erschien ihnen so, als ob nicht nur um sie herum, sondern auch in ihnen selbst eine Welt zusammengebrochen sei, die ihnen bis dahin selbstverständliches Element ihres Lebens, ihrer Denkweise und ihrer Arbeit gewesen war. Sie fühlten sich innerlich entwurzelt und geistig heimatlos, als sie „ihr Weimar“ aufgeben sollten. Tastend, suchend und ringend mußten sie versuchen, ihre eigene Vergangenheit, die Vergangenheit ihrer Klasse, zu bewältigen und sich zugleich zum Verständnis für die Gegenwart mit ihrer zunächst verwirrenden Vielfalt neuer Erscheinungen, Probleme und Forderungen emporzuarbeiten. Diese notwendige soziale und geistige Neuorientierung stellte zweifellos große Anforderungen an solche Freunde.

Viele unter uns haben diese Geburtswehen einer neuen Persönlichkeitsbildung an sich selbst oder an anderen erlebt. Sie wissen auch, wer uns dabei kameradschaftlich und zielweisend zu Hilfe kam: es war die Arbeiterklasse, es waren die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, die schon in der Zeit der faschistischen Diktatur, zuvor bereits in der Zeit der Weimarer Republik, ja schon in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg dem Imperialismus die Stirn geboten und ihr Leben für das Glück unseres Volkes eingesetzt haben. Ihr Leben war und ist bestimmt von dem Kampf gegen die Unterdrückung unseres Volkes, und es hat seine Mitte in der Sorge um den Frieden und in der Arbeit für eine gerechte, menschenwürdige Gesellschaftsordnung.

Es ist ein Glück für unser ganzes Volk, auch für die fortschrittlich gesinnten demokratischen Kräfte aus dem deutschen Bürgertum, daß nach der Befreiung unseres Landes

diese humanistischen Lebensinhalte und Kampfziele der deutschen Arbeiterbewegung zu den Wurzeln der Politik und des Lebens unserer Deutschen Demokratischen Republik und zur Mitte des Lebens und des Handelns ihrer Bürger geworden sind. Wer will da über den „Verlust der Mitte“ klagen? Wer ehrlich und gründlich mit sich zu Rate gegangen ist und das täglich tut und sich den Forderungen der Gegenwart stellt, wer seinen Platz in der von der Arbeiterklasse festgegründeten und von allen demokratischen Kräften geschmiedeten politisch-moralischen Einheit unseres Volkes gefunden hat und am Aufbau des Sozialismus mitarbeitet, der hat – auch wenn er früher der Arbeiterklasse und ihrem politischen Kampf fernstand – sein Leben neu verwurzeln und ihm endlich eine Mitte geben können, die ihm Kraft und seinem Leben Inhalt gibt, der Sinn hat, weil er im Humanismus, in der Menschlichkeit begründet ist.

Wer sich so für das Leben und für den Frieden, für die sozialistische Zukunft entschieden hat, der ist auch innerlich gerüstet, tatkräftig mit anzupacken und mit ungeteilter Bereitschaft und Aktivität dem Neuen vollends zum Durchbruch zu verhelfen. Dann wird er seiner persönlichen Verantwortung gerecht, dann kann er helfen, den Auftrag zu verwirklichen, den die Geschichte heute unserem Volke und uns Christen gestellt hat. Nur in verantwortlicher Arbeit für die Gesellschaft und damit für unser eigenes Wohl können wir den richtigen Gebrauch von der Freiheit machen, die der Sozialismus uns allen verliehen hat und die wir uns durch unsere Erfolge im Ringen um den Sieg des Sozialismus in unserem Lande ererbt haben.

In dieser Feststellung scheint mir der eigentliche Kern des Freiheitsproblems zu liegen, über das in den letzten Monaten bei uns prinzipiell diskutiert worden ist. Damit ist zugleich gesagt, daß man den Freiheitsbegriff niemals isoliert von seinen gesellschaftlichen Bezügen sehen, ihn nie auf den rein individuellen Bereich, das heißt den Egoismus, verkürzen kann. Dann kämen wir unweigerlich in jenen bürgerlich-individuellen Begriff von angeblich „absoluter Freiheit“, die es zu keiner Zeit in der Geschichte der Menschheit gegeben hat und geben kann, weil die Einzelpersonlichkeit stets in den Gesamtorganismus der Gesellschaft eingebettet und auf tausendfältige Weise wechselseitig mit ihrer Umwelt verflochten ist.

Gerade im Charakter dieser Wechselbeziehungen zwischen Persönlichkeit und Gesellschaft aber schafft der Sozialismus eine qualitative Veränderung: Gab es in allen vorsozialistischen Formationen einen antagonistischen, innerhalb dieser Systeme unaufhebbaren Widerspruch zwischen der Struktur der Gesellschaft und den berechtigten Interessen der übergroßen Mehrzahl der Individuen, so schafft der Sozialismus

erstmalig in der Geschichte der zivilisierten menschlichen Gesellschaft die sozialökonomischen Voraussetzungen dafür, daß die Gesamtrichtung und die grundsätzlichen Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung prinzipiell völlig mit den berechtigten Erwartungen und Lebensinteressen der einzelnen Persönlichkeit und der Kollektive übereinstimmen.

Lassen Sie mich das am nächstliegenden Beispiel verdeutlichen: Die Interessen aller Werktätigen – und sie stellen bekanntlich auch in der kapitalistischen Gesellschaft die große Mehrheit der Bevölkerung dar – richten sich auf ein Leben ohne Ausbeutung und Not, ohne Unterdrückung und Krieg. Der Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft aber, die Wirkungsweise der objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, die Grundstruktur aller gesellschaftlichen Lebensbereiche im Kapitalismus wirken der Durchsetzung dieser Lebensinteressen zwangsläufig entgegen. Von seiner Natur her beruht der Kapitalismus auf der Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, auf der Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit, die den Krieg als ein selbstverständliches und unvermeidliches Mittel betrachtet, um die Gegensätze zum Austrag zu bringen.

Anders im Sozialismus: Indem die Arbeiterklasse die politische Macht ergreift, gemeinsam mit ihren Verbündeten die Produktionsverhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt und an ihre Stelle Produktionsverhältnisse der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe setzt, indem also der Grundtypus der ökonomischen, politischen und sozialen Struktur der Gesellschaft auf revolutionäre Weise qualitativ verändert wird, werden auch die sozialökonomischen Voraussetzungen für die Freiheit des ganzen Volkes und für die freie Entfaltung jeder einzelnen Persönlichkeit, für die Ausrottung der sozialen Wurzeln von Not und Krieg, für die prinzipielle Übereinstimmung und das harmonische Zusammenwirken von gesamtgesellschaftlichen und Einzelinteressen geschaffen.

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß wir nicht durch bloßes Gerede über Freiheit an sich und für sich, durch philosophische Diskussionen im luftleeren Raum, sondern nur durch die von uns selbst vorgenommene Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse – beginnend mit der umwälzenden Veränderung der Produktions- und Machtverhältnisse – auf dem Boden des Sozialismus wahre Freiheit gewonnen haben und daß wir mit dem weiteren Vorschreiten unserer sozialistischen Entwicklung immer bessere Möglichkeiten erhalten, diese Freiheit zum Vorteil der ganzen Gesellschaft und zum Wohle jedes einzelnen zu entfalten und zu nutzen. Natürlich wissen wir, daß die Kirche an keine Gesellschaftsordnung gebunden ist. Trotzdem können wir

Christen der Gesellschaft, in der wir leben, nicht neutral oder teilnahmslos gegenüberstehen.

Christ sein heißt für andere da sein. Wer im Kapitalismus für andere, für seinen Mitmenschen im weitesten Sinne leben will, der wird immer wieder mit der Gesellschaftsordnung in Konflikt kommen, deren Grundgesetz das Gegeneinander der Menschen ist, der wird als Christ also weithin gegen diese Gesellschaftsordnung leben müssen und, wie unter den Bedingungen des Faschismus, sogar sein Leben hingeben müssen.

Im Sozialismus ist das ganz anders, weil der Sozialismus von seiner Grundstruktur her das Miteinander und Füreinander der Menschen fordert. In ihm braucht der christliche Glaube nicht mehr im individuellen Raum zu verkümmern; er wird geradezu herausgefordert, sich in der Gesellschaft zu bewähren. Das macht das Christsein nicht „leichter“; auch geht die christliche Existenz dabei nicht in gesellschaftlichen Bezügen auf. Und doch öffnet die neue Gesellschaftsordnung dem Christen ganz neue Möglichkeiten zur Bewährung seines Glaubens, die er dankbar ergreifen kann und die in unserer Deutschen Demokratischen Republik Millionen Christen ergriffen haben.

Die sozialistische Gesellschaft gewährleistet in vollem Maße die Freiheit des Glaubens und der persönlichen Gewissensentscheidung, und gleichzeitig gibt sie uns Christen im Gegensatz zur früheren Klassengesellschaft allen Raum, unser Friedensstreben und unser Ringen um wahre Brüderlichkeit in voller Übereinstimmung mit dem Wollen und Wirken aller anderen gesellschaftstragenden Kräfte in die Tat umzusetzen. In diesen entscheidenden Grundfragen stimmen die praktischen Schlußfolgerungen aus der christlichen Ethik weitestgehend mit dem Wesen und dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft überein.

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, brachte diese humanistische Gemeinsamkeit von Christen und Marxisten, aufbauend auf den Ergebnissen der zurückliegenden Jahre gemeinsamer praktischer Arbeit, in jenem bekannten Gespräch vom 9. Februar 1961 auf die einleuchtende kurze Formel: „Welche sind denn die einfachen Ideale und Ziele, die uns miteinander verbinden? Frieden und Menschlichkeit und gegenseitige Achtung, Glück und Wohlstand der ehrlich arbeitenden Menschen, Glück der Familien und glückliche, an Körper und Seele gesunde Kinder – das ist es doch, was wir alle erstreben. Und hier“, so sagte er weiter, „sehe ich zwischen Atheisten und Christen keinerlei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Sie werden mir auch bestätigen, daß ein überzeugter Christ unseren 10 Grundsätzen der sozialistischen Moral zustimmen und danach leben kann, ohne deshalb mit seinem christlichen Glauben in Konflikt zu kommen.“ Genau die gleiche Erfahrung, die aus den

Worten Walter Ulbrichts sprach, haben wir Christen in den 15 Jahren unserer Mitarbeit am demokratischen und sozialistischen Aufbauwerk in unserer Republik sammeln können.

Selbstverständlich kann und will auch niemand die tiefgehenden Unterschiede zwischen der materialistischen Philosophie und dem christlichen Glauben verwischen. Diese Unterschiede aber hindern uns nicht an der praktischen Zusammenarbeit mit unseren marxistischen Freunden und mit allen anderen humanistisch gesinnten Kräften. Ein Christ kann nicht teilnahmslos neben den Dingen dieser Welt herleben und sich ihren Problemen verschließen, sich in das Gehäuse seiner privaten Innerlichkeit zurückziehen oder gar kleingläubig um den Bestand seiner Kirche oder um die Zukunft seines Glaubens bangen. Eine solche Haltung ist dem Christen vom Evangelium ausdrücklich verwehrt.

Tätige Förderung des Gemeinwohls und entscheidungsfreudiges Eintreten für den Frieden im eigenen Volke ebenso wie zwischen den Völkern — das ist für den Christen die einzige Möglichkeit, hier und heute seinen Glauben bewußt im Leben zu bezeugen, das Gebot der Nächstenliebe umfassend zu befolgen und dem Frieden auf Erden den Weg zu bereiten. Daraus ergibt sich, daß im ökonomischen, im politischen, im kulturellen Bereich die christlichen Bürger in voller Verantwortung und mit ganzer Kraft für unsere sozialistische Republik wirken können, ja, daß sie gerufen sind, so zu handeln — gerufen von ihrem Gewissen her, das ihnen befiehlt, die ihnen gebotenen sittlichen Grundsätze im Dienst am Nächsten und am Frieden zu verwirklichen — gerufen aber auch von unserem Staat, der sie auffordert, mitzuplanen, mitzuarbeiten und mitzuregieren.

In unserer sozialistischen Ordnung haben wir Christen unseren sicheren und angesehenen Platz in der großen Gemeinschaft unseres Volkes gefunden. Durch die Mitarbeit an der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung unserer Gesellschaft sind wir hineingewachsen in die Gemeinsamkeit aller Bürger guten Willens. In fröhlicher und getroster Hingabe an die Arbeit für die Lösung der Aufgaben, die uns allen heute um den Frieden und unseres Volkes willen gestellt sind, haben wir den Weg in unsere neue, sozialistische Menschengemeinschaft beschritten. Unsere eigene Erfahrung aus dem täglichen Mittun bei dem Neuen, das heute bei uns wächst und immer klarer Gestalt annimmt, hat uns in der Überzeugung bestärkt, daß wir im Hinblick auf den gesellschaftlichen Auftrag, den wir als Christen zu erfüllen haben, wie auch im Hinblick auf das Wohl der gesamten Gesellschaft recht daran tun, unserem sozialistischen Staat unsere Kraft zur Verfügung zu stellen.

Durch diese praktische Bewährung unserer christlichen Existenz haben wir uns zugleich die Achtung und Anerken-

nung unserer andersdenkenden Mitbürger erworben. Das Vertrauensverhältnis, das auf diese Weise entstanden ist, fand seinen Ausdruck und seine Bestätigung in dem bekannten Gespräch unseres Staatsratsvorsitzenden mit Landesbischof Mitzenheim auf der Wartburg, bei dem Walter Ulbricht ausdrücklich hervorhob: „Die gemeinsame humanistische Verantwortung verbindet uns alle.“ In diesem Zusammenhang unterstrich der Vorsitzende unseres Staatsrates: „Wir gehören verschiedenen Parteien an und haben in manchen Fragen unterschiedliche Meinungen. Aber in den Grundfragen, in den Fragen der Sicherung des Friedens, der humanistischen Entwicklung, der friedlichen Lösung der deutschen Frage und des Aufbaus des Sozialismus, sind wir uns einig. Das ist das Positive. Dieses Positive findet u. a. seinen Ausdruck darin, daß wir hier so freundschaftlich auf der Wartburg beraten. Wir können also sagen, daß wir uns bemüht haben, eine Zusammenarbeit aller Bürger guten Willens zu erreichen. Gibt es in manchen Fragen verschiedene Meinungen, so sprechen wir darüber, klären die Fragen und verständigen uns. Wir haben jedenfalls bewiesen, daß nicht nur fünf Parteien, sondern auch Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen zusammenarbeiten können. Das ist das Wichtigste.“

Diese bedeutsamen Aussagen Walter Ulbrichts stimmen überein mit unseren eigenen Auffassungen und Erfahrungen. Ja, in den entscheidenden Fragen unserer Zeit — in der Bewahrung des Friedens, im Wirken für sozialgerechte Gesellschaftszustände und in der friedlichen Lösung der Lebensfrage unserer Nation — sind Marxisten und Christen eines Sinnes. Deswegen wirken sie vereint für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Diese Gemeinsamkeit war das Unterpfand unserer bisherigen Erfolge, und sie hat ihre geschichtliche Bewährungsprobe bestanden, und wir werden sie auch als eine der kostbarsten Errungenschaften für alle Zukunft bewahren.

Der Sozialismus gereicht jedem Bürger zum Nutzen und braucht die Mitarbeit eines jeden Bürgers — ungeachtet seiner sozialen Herkunft, seines Glaubensbekenntnisses oder seiner weltanschaulichen Haltung. Dadurch zeichnet sich der Sozialismus vor allen bisher bekannten Systemen aus. Gerade in dieser Einbeziehung des ganzen Volkes in den Aufbau der neuen Gesellschaft und in die tätige Mitverantwortung für das Gemeinwohl erweist sich die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse. Sie ist historisch berufen, mit ihrer eigenen Befreiung auf der Grundlage der von ihr erarbeiteten wissenschaftlichen Konzeption zugleich die Befreiung der gesamten Gesellschaft zu vollziehen.

Auch die Kirchen werden im Sozialismus endlich frei von den Lasten der Vergangenheit, frei von den Bindungen an überholte gesellschaftliche Zustände und Einrichtungen, frei

von den geschichtlichen Hypothesen des konstantinischen Zeitalters, von der Koppelung an staatliche Gewalten, die das Christentum für die Rechtfertigung ihrer widerchristlichen Politik mißbrauchten und die Kirchen in ihren Dienst stellten. Der Sozialismus schafft die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, daß die Kirchen auf neue Weise ihren Dienst am Menschen und am Frieden tun können, und er befreit uns Christen dazu, alle unsere Kraft der Mitarbeit am Aufbau einer menschenwürdigen Ordnung und einer dauerhaften Friedensordnung zu geben.

Diese Erkenntnisse greifen in den christlichen Kreisen unserer Bevölkerung, auch unter den Geistlichen und bei den Kirchenleitungen, immer weiter um sich und haben gerade in den letzten Jahren zu wachsenden Erfolgen bei der verantwortlichen Einbeziehung christlicher Bürger in die Mitgestaltung unseres wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens geführt. Natürlich kostete es manchen Kampf, manche harte Selbstprüfung, manche prinzipielle Diskussion mit rückwärtsgewandten Kräften in unseren eigenen Kirchen, bis die große Mehrzahl der Christen in unserer Republik sich diesem Neuen, dieser Zukunft erschlossen hatte. Aber recht betrachtet, reduzieren sich doch die Hindernisse und Bedenken ihrem Grunde nach auf Überreste bürgerlichen Denkens, Fühlens und Verhaltens. Demselben Gedanken verliet der Vorsitzende des Staatsrates in dem Gespräch vom 9. Februar 1961 Ausdruck, als er sagte: „Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf freimacht vor Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen.“

Weil die große Mehrheit der christlichen Bürger unserer Republik entscheidungsfreudig und verantwortungsbewußt für Frieden und Sozialismus arbeitet, konnten auch die Beziehungen der Kirchenleitungen zu unseren staatlichen Organen Schritt für Schritt verbessert werden. Unter dem Eindruck der politischen Entwicklung hat in den kirchenleitenden Kreisen, vor allem auch nachdem der Einfluß der NATO-gebundenen westdeutschen kirchlichen Kreise mehr und mehr zum Erliegen gekommen ist, immer weiter die Erkenntnis Platz gegriffen, daß die Zeit herangereift ist, Schlußfolgerungen aus der neuen Lage in Deutschland, aus der zunehmenden inneren Stabilisierung unserer Republik und aus den zahlreichen beispielgebenden Leistungen ungezählter christlicher Bürger bei der praktischen Arbeit für unseren Friedensstaat zu ziehen.

Immer wieder haben in den letzten Jahren die mit dem Bonner Staat und der NATO verflochtenen Kreise aus westdeutschen und Westberliner Kirchenleitungen versucht, diesen Prozeß des Umdenkens und der Neubesinnung zu behindern.

Es gereicht der Mehrzahl der Kirchenleitungen und der Geistlichen in der DDR zur Ehre, daß sie sich durch solche „gesamtdeutschen“ Anmaßungen kirchlicher Handlanger des kalten Krieges nicht länger beeinflussen lassen, sondern angesichts der realen Situation in der Deutschen Demokratischen Republik, unter dem Eindruck der wachsenden Erfolge unserer Friedens- und Verständigungspolitik, der immer schöner reifenden Früchte unseres sozialistischen Aufbaus ihr Verhältnis zu unserer Republik neu überdacht und in gutem Sinne geordnet haben.

Wir begrüßen alle Ansätze und Anzeichen für diesen Prozeß des Umdenkens in den kirchenleitenden Kreisen und werden – gerade auch unter dem Eindruck des Gesprächs vom 18. August auf der Wartburg – alles daranzusetzen, ihn weiter zu fördern. Dadurch werden wir den bedeutenden Erfolgen, die wir dank der aufklärenden und bewußtseinsbildenden Arbeit unserer Partei in der Nationalen Front auf diesem Gebiet während der letzten Jahre erreichen konnten, auch künftig neue Ergebnisse im Interesse unserer ganzen Gesellschaft und nicht zuletzt zum Wohle unserer Kirchen hinzufügen können. So werden wir dazu beitragen, daß die Christen und die Kirchen immer besser ihren Platz in unserer heutigen Ordnung und in einem künftigen friedliebenden, demokratischen und sozialistischen deutschen Staat finden, den Platz, den sie bereits heute durch ihre Entscheidung, ihre Verantwortung und ihr Handeln bestimmen.

Die gesellschaftliche Neuorientierung der Christen in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat und die freie Entfaltung der christlichen Existenz im Sozialismus münden folgerichtig in die gleichberechtigte und schöpferische Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Lösung aller Fragen, die unsere gesellschaftliche Entwicklung aufwirft. Das Wesen dieser Mitverantwortung hat schon vor mehr als 20 Jahren Pater Alfred Delp mit den Worten vorgezeichnet: „Noch etwas wissen von Christus und Christ sein wollen, das heißt heute, innerlich bereit sein müssen, die Verantwortung für das Ganze auf sich zu nehmen.“

In dieser Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze formen sich das gesellschaftliche Profil und die gesellschaftliche Perspektive unserer Partei. Dadurch, daß wir uns in der Nationalen Front um die übereinstimmenden Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte, aller unserer Bürger kümmern und verantwortlich an ihrer Verwirklichung mitwirken, nehmen wir gleichzeitig die berechtigten Interessen der christlichen Bürger am besten wahr. Damit unterstützen wir am erfolgreichsten die Arbeiterklasse und ihre Partei im Ringen um Sozialismus und Frieden, und damit leisten wir gleichzeitig den erfolgreichsten gesellschaftlichen Beitrag zur Ausformung der christlichen Existenz im Sozialismus. Durch dieses Selbst-

verständnis ihres Wesens und des gesellschaftlichen Auftrags ihrer Arbeit unterscheidet unsere Partei sich ihrem Grundcharakter nach und in ihrer gesellschaftlichen Rolle von allen früheren und jetzigen „christlichen Parteien“ in der bürgerlichen Gesellschaft.

Diese „christlichen Parteien“ gingen und gehen stets von der Vorstellung aus, daß die Christen und die Kirchen ihre angeblichen „spezifischen Interessen“ gegen den „Säkularisierungsprozeß der modernen Gesellschaft“ mehr oder weniger apologetisch zu verteidigen oder um die Behauptung und Erweiterung ihres Einflußbereiches im politischen Raum zu kämpfen hätten. Wir dagegen sind der Überzeugung, daß diese Verzerrung des gesellschaftlichen Auftrags des Christen der Sendung der Kirche widerspricht. In einer Zeit, da die Geschichte uns zwingt, Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen und an der Verwirklichung der großen Hoffnungen unserer Zeit, am Triumph des Friedens und des Sozialismus verantwortungsbewußt mitzuwirken, können wir nicht anders, als uns an die Seite jener gesellschaftlichen Kräfte zu stellen, die das Neue auf ihre Fahnen geschrieben haben und gleich uns für des Menschen wahres Wohl wirken wollen.

Gerade diese Tatsache, daß wir in unserer Partei – ausgehend von unserem Gründungsauftrag – die richtigen Konsequenzen aus den Lehren der Geschichte, aus den Erfordernissen der Gegenwart und aus den gesellschaftlichen Verheißungen der Zukunft gezogen haben, unterscheidet uns prinzipiell und qualitativ von der Adenauer-Partei, deren Führung auf Reaktion und Krieg eingeschworen ist, und befreit uns zu echtem Dienst an unserem Volk, zu echtem politischem Dienst auch an den christlichen Bürgern unseres Staates. Eben auf Grund dieser prinzipiellen Entscheidungen für das Neue, für das Leben und die Zukunft unseres Volkes sind wir imstande, die Grundgedanken unseres Gründungsauftrages zu verwirklichen, und waren wir in der Lage, wie es in diesem Gründungsauftrag heißt, „den Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt“ zu gehen, während demgegenüber alle dem Wortlaut nach positiven, gesellschaftlich dem Frieden verpflichteten und in eine Zukunft der sozialen Gerechtigkeit weisenden Elemente und Ansatzpunkte aus den Gründungsdokumenten der westdeutschen CDU/CSU auf dem Papier stehen blieben, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der restaurierten Diktatur des Finanzkapitals und der Hitlergenerale erstickt wurden und diese Partei sich zum Sammelbecken der Atomrüstungs- und Revanchehetzer entwickelte.

Aus diesem Vergleich geht unwiderleglich hervor: Christliches Friedenszeugnis, die Bereitschaft des Christen zu tätigen Einsetzen für seinen Menschenbruder, die gesellschaftliche Verpflichtung des Christen auf den Dienst für das Wohl

des Volkes, in das er hineingestellt ist, kirchliche Absage an die Vergangenheit, die sich mit der Hinwendung zu den Problemen der Gegenwart und zu den Aufgaben der Zukunft verbindet – alle diese Absichten und Ziele können ihre Verwirklichung nur finden, wenn die verantwortungsbewußten Christen sich fest an die Seite der Arbeiterklasse und in die Gemeinschaft aller anderen demokratischen Kräfte stellen, wenn sie daran mitarbeiten, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen.

Die katholischen Christen in unserer Republik haben für diese Zusammenarbeit eine Ermutigung auch in der Enzyklika Johannes XXIII. „Pacem in terris“ erhalten. Darin forderte der Papst die Katholiken auf: „... Sie sollen aber auch andere Auffassungen mit dem gebührenden Wohlwollen prüfen. Sie sollen nicht überall nur auf ihr eigenes Interesse schauen, vielmehr bereit sein, in ehrlicher Zusammenarbeit dort mitzuwirken, wo es um etwas geht, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten führen kann.“

Bei den katholischen Geistlichen haben wir allerdings in unserer Republik eine Entwicklung zu verzeichnen, die zwar auf der einen Seite ein wachsendes Interesse an unseren gesellschaftlichen Problemen erkennen läßt, zum anderen aber eine Reserve zeigt, die oft in Widerspruch zu ihren eigenen Überlegungen steht. Sie sehen, daß die katholischen Bürger inmitten unserer Gesellschaft leben, an ihr Anteil nehmen, vorbildlich mitarbeiten und darüber auch in den Pfarrgemeinden diskutieren. Die Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Kirche und unserem Staat hat heute einen solchen Grad erreicht, daß immer öfter dort die Frage laut wird, was eigentlich eine ähnliche Entwicklung auch der katholischen Kirche hindere. Ja, liebe Freunde, wir bedauern diese Zurückhaltung der katholischen Geistlichen, und wir meinen, daß jene Katholiken recht haben, die in dieser Isolierung eine bedauerliche Entwicklung, einen bedauerlichen Zustand sehen. Wir würden es begrüßen, wenn auf den Tagungen der Nationalen Front oder bei anderen Gelegenheiten die Auffassungen der katholischen Priester genauso dargelegt würden wie die Auffassungen vieler evangelischer Pfarrer und wenn wir auf diese Weise in den Fragen der Verteidigung des Friedens und der Zusammenarbeit – so wie es die Enzyklika fordert – vorankommen könnten. Ganz sicher haben diejenigen unrecht, die den Priestern und den katholischen Bischöfen ein „Überwintern“ empfehlen. Aber müssen wirklich erst Jahre oder Jahrzehnte vergehen, bis dann auch in diesen Kreisen die gleichen Auffassungen Platz greifen, die heute schon unter den evangelischen Pfarrern und den evangelischen Kirchenleitungen sich durchgesetzt haben?

Die CDU hat all die Jahre hindurch ihr Ziel nie aus dem Auge verloren. Sie hat in der Nationalen Front einen prinzi-

piellen Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus geführt. Sie hat dabei die ideologische und die praktische gesellschaftliche Arbeit stets eng miteinander verbunden. Das erbrachte ihr einen unbestreitbaren Anteil an den Erfolgen unserer Republik in Industrie und Landwirtschaft, in Wissenschaft, Kunst und Kultur. Unser Parteitag hat mit seinen Beiträgen beweiskräftig Zeugnis dafür abgelegt. Diese Arbeit hat nicht nur die Theorie, daß der Christ bei uns ein „Bürger zweiter Klasse“ sei, endgültig zerstört, sondern die politisch-moralische Einheit, die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Christen und Marxisten in beglückender Weise gestärkt.

Dadurch hat die CDU immer neue Freunde gerade auch in kirchlichen Kreisen gewonnen, die unsere Arbeit nicht nur anerkennen, sondern heute mit uns gegen die größte Gefährdung des Friedens, gegen den westdeutschen Revanchismus auftreten.

In diesem Zusammenhang sind in katholischen und evangelischen kirchlichen Kreisen zuweilen der Charakter und die Aufgaben unserer Partei diskutiert worden. Selbst dort, wo man sich früher mit der CDU nicht unbedingt in klärende Gespräche einlassen wollte, werden heute in sachlicher Art viele Fragen gestellt, zu denen Sie mir zum Schluß noch einige Bemerkungen gestatten:

Die CDU ist entstanden als eine antifaschistisch-demokratische Partei kleinbürgerlichen Charakters, der durch das soziale Herkommen ihrer Mitglieder, ihre Lebensauffassungen und nicht zuletzt durch ihre Traditionen bestimmt wurde. Das im Gründungsauftrag dargelegte Bekenntnis zu einer neuen Demokratie allerdings öffnete – in Übereinstimmung mit dem Willen der Massen zur Gründungszeit – schon damals den Weg in die Zukunft. Auf diesem Wege ist unsere Partei gewachsen. Als treuer Bundesgenosse der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus ist sie zu einer demokratischen Partei geworden, die als fester Bestandteil der Nationalen Front den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Mit dem Gründungsauftrag war der Wille verbunden, die richtigen Schlußfolgerungen aus der deutschen Geschichte zu ziehen und die kapitalistische Gesellschaft, die mit ihrem Offenbarungseid 1945 ihre Unfähigkeit, Deutschland zu regieren, bewiesen hatte, endgültig zu überwinden. Gleichzeitig aber mußten auch die kirchlichen Fehlentscheidungen der Vergangenheit überprüft, richtige Konsequenzen gezogen und der Ballast der konstantinischen Zeit endgültig über Bord geworfen werden. Daß wir uns hierbei auf die großen Traditionen fortschrittlicher Christen in der Vergangenheit und vor allem auf das Vermächtnis der christlichen Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes stützen konnten, war uns eine große Hilfe und ist uns Verpflichtung für alle Zukunft.

Klarheit besteht aber darüber, daß die Bewältigung der kirchenpolitischen Vergangenheit natürlich in erster Linie Angelegenheit und Aufgabe der Kirchen selbst ist.

Die CDU ist keine Partei einer Kirche oder gewissermaßen als deren politische Sektion tätig. Die Aufgaben der Kirchen sind anderer Art als die einer politischen Partei, in der Christen sich zu bewußter gesellschaftlicher Tätigkeit zusammenschließen. Wir sind auch nicht Schiedsrichter in theologischen Fragen. Für uns ist entscheidend, welche gesellschaftlichen und politischen Schlußfolgerungen von jedem einzelnen Unionsfreund gezogen werden.

Unsere Mitglieder gehören verschiedenen Konfessionen an und haben darüber hinaus vielfach auch unterschiedliche theologische Auffassungen. Ich wiederhole: darüber zu urteilen, ob sie richtig sind, kann niemals Aufgabe der Partei sein. Aber sie alle – ob sie nun Barthianer, Liberale, Anhänger Bultmanns oder Anhänger einer anderen Schule, ob sie Neothomisten sein mögen oder sich zu einer unserer Freikirchen bekennen – sie alle eint der Wille, in christlicher Verantwortung an der Entwicklung unseres Staates, seiner Friedenspolitik und am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken.

Selbstverständlich sind Mitglieder der CDU in besonderem Maße fähig und imstande, ihre praktischen gesellschaftlichen Erfahrungen in ihre Gemeinden und kirchlichen Gemeinschaften wie überhaupt in die kirchliche Arbeit, die ja von der allgemeinen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen in unserer Republik nicht getrennt werden kann, einmünden zu lassen.

Die konkreten politischen Entscheidungen, die die CDU zu treffen hat, ergeben sich aus geschichtlichen Erfahrungen, aus logischen Überlegungen unserer Vernunft und aus den Erfordernissen einer den nationalen Interessen unseres Volkes gerecht werdenden Friedenspolitik. Diese Entscheidungen in den politischen Sachfragen bedürfen keiner Anleitung oder Begründung von der Schrift her. Es ist jedoch unser Bestreben, als Christen all unsere Maßnahmen und Entscheidungen letztlich an den Worten und dem Inhalt der christlichen Ethik zu messen. Bei allen Unterschieden zwischen den Konfessionen und den theologischen Lehrmeinungen bleibt das Gebot der Nächstenliebe und das Streben nach dem Frieden auf Erden unbestritten die gemeinsame Grundlage der gesellschaftlichen Aktivität christlicher Menschen. Das sind die Maßstäbe, nach denen zu handeln wir immer bemüht waren und immer bemüht sein werden.

Die Christlich-Demokratische Union hat auch keine eigene „Theologie“. Sie trägt – wie übrigens alle anderen demokratischen Parteien auch – Sorge dafür, daß entsprechend unserer Verfassung das Evangelium unverkürzt verkündet werden

und die kirchliche Tätigkeit in ihrer Vielfalt der Bekenntnisse sich frei in unserer Republik entfalten kann.

Natürlich unterscheidet uns von unseren marxistischen Freunden der Glaube an Gott. Was aber die Weltanschauung betrifft, so werden wir Christen die neuesten Erfahrungen der Wissenschaft, an deren Weiterentwicklung nicht wenige Christen selbst erfolgreich mitarbeiten, uns dabei zu eigen machen. Dadurch unterscheidet sich unsere heutige Weltanschauung z. B. wesentlich von der des 19. Jahrhunderts oder gar der des Mittelalters. Als Christen haben wir die Freiheit, in Natur und Gesellschaft zu forschen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und auf deren Grundlage an der Veränderung der Welt im Sinne des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts aktiv mitzuarbeiten. Deshalb fordert die CDU ihre Mitglieder auf, sich mit den Erkenntnissen der modernen Natur- und Gesellschaftswissenschaften vertraut zu machen, sie in der Praxis anzuwenden und damit die Menschheit weiter entwickeln zu helfen.

Eine gefestigte Christlich-Demokratische Union in einer starken Nationalen Front – das muß jetzt Aufgabe und Ziel unserer Parteiarbeit nach diesem bedeutsamen, erfolgreichen 11. Parteitag sein. Auf ökonomischem Gebiet kommt es nun darauf an, daß wir alle Kraft für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1964 als wichtige Voraussetzung für einen guten Start im Planjahr 1965 verwenden. Mit der Erreichung der qualitativen Kennziffern des gegenwärtigen Volkswirtschaftsplanes schaffen wir uns auch eine gute Ausgangsposition für den Perspektivplan bis 1970, der zur Zeit beraten wird und den wir vor allem dadurch unterstützen wollen, daß wir uns Gedanken darüber machen, was wir tun können, um den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen, um die Rentabilität zu verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu erhöhen. Mit unermüdlichem Fleiß, mit Initiative und Tatkraft und durch die ökonomische Nutzung unserer Arbeitszeit wollen wir christlichen Demokraten uns dieser Aufgabe unterziehen.

Eine solche Arbeit ist gleichzeitig der Schlüssel zur Verwirklichung unseres Zieles, durch erhöhte Anstrengungen unserer Partei und damit durch gesteigerte Wirksamkeit in der Nationalen Front alle christlichen Bürger für die Arbeit zur weiteren Stärkung und Festigung unserer Republik zu gewinnen. So werden wir unseren gesellschaftlichen Auftrag, gestützt auf die Erkenntnisse, die Beratungen und die Beschlüsse unseres 11. Parteitages, in Ehren erfüllen können.

Wir christlichen Demokraten erklären am Vorabend des 15. Jahrestages der Gründung unserer Republik:

Wir helfen mit, eine Ordnung des Friedens und des brüderlichen Miteinander und Füreinander aller Bürger herbeizuführen;

wir helfen mit, die ökonomischen Erfolge unserer Republik zu mehren und die moralische Überzeugungskraft ihrer Politik zu erhöhen;

wir helfen mit, daß durch unseren Friedensstaat die bestimmende Kraft des Sozialismus und des Friedens auf deutschem Boden immer mächtiger und sichtbarer hervortritt.

So bekennen wir es in unserer Entschließung, und dieses Bekenntnis werden wir durch unsere praktische Arbeit zur Tat werden lassen.

Der 15. Gründungstag unserer Deutschen Demokratischen Republik ist für uns christliche Demokraten ein Tag der tiefen, innerlichen Freude, ein Tag aber auch des Stolzes darauf, daß wir Miterbauer und Mitgestalter unseres Friedensstaates sind. Dieser Tag ist uns Verpflichtung, wie bisher so auch in Zukunft unser Bestes für unsere Republik zu geben.

So verwirklichen wir durch unser Handeln die Losung unseres 11. Parteitages:

In christlicher Verantwortung

all unsere Arbeit, all unsere Kraft

für den Sieg des Sozialismus in der

Deutschen Demokratischen Republik –

für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft!



Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus